

## **Redebeitrag von AGIS – Antirassistische Gruppe Internationale Solidarität auf der Demonstration des Darmstädter Friedensbündnisses am 26. April 2003.**

Nach Wochen der Bombardierung haben die amerikanische und britische Regierung die Luftangriffe beendet. Der Irak gilt als erobert und das Regime der Baath-Partei als besiegt. Das Land ist zerstört, Tausende von Menschen sind ermordet worden. Die offensichtliche Grausamkeit dieses Angriffskrieges steht uns allen vor Augen, die wir in den letzten Wochen die Situation im Irak über die Medien verfolgen konnten und die Empörung hierüber bei vielen Menschen auf der ganzen Welt ist richtig und wichtig. Doch was ist mit dem alltäglichen Krieg, der häufig unsichtbar stattfindet, ohne die Aufmerksamkeit der Medien? Was ist mit dem Krieg, den die reichen Länder als ihren „Frieden“ bezeichnen?

Wir sind der Überzeugung, dass die Bombardierungen der letzten Wochen als Bestandteil eines permanenten Kriegszustandes der mächtigen Länder gegen die armen Länder zu sehen ist. Dieser Krieg ist kein Betriebsunfall einer ansonsten demokratischen Welt, sondern Ausdruck einer Weltordnung, die auch ohne Bomben mörderische Auswirkungen in den meisten Teilen der Erde hat. Denn die Staaten, die ökonomisch dazu in der Lage sind, setzen ihre Interessen gegen schwächere Staaten durch, sei es offen gewalttätig, wie gerade im Irak geschehen, oder politisch-ökonomisch über Freihandelszonen, ausbeuterische Kredite usw.

Die mächtigen Staaten verfolgen dabei durchaus unterschiedliche Interessen: So ist die aktuelle europäische Konfrontation mit den USA als Ausdruck eines Ringens um wirtschaftliche und militärische Vormachtsstellungen zu verstehen. Dieses Ringen wurden im Irakkrieg verbal auf dem Feld der Friedenspolitik ausgetragen. Dahinter stehen aber die Interessen Europas an einer verstärkten weltpolitischen Einflussnahme. Dass gerade Deutschland in diesem erstarkten Europa eine führende Position einnehmen soll, wurde jüngst wieder in einer Rede Josef Fischers deutlich, in der er die Notwendigkeit militärischer Handlungsfähigkeit für Europa betonte und darauf hinwies, dass Deutschland in diesem Europa schließlich das größte Land sei und die meiste Verantwortung trage.

Kriege wirken immer auch nach innen: sie schmieden nationalistische Identitäten. Der Krieg gegen den Irak hat gerade wegen der Nicht-Beteiligung der deutschen Regierung auch hier zu positiven Identifizierungen geführt. Dafür waren diesmal auch Menschen empfänglich, die eigentlich eher ein Misstrauen gegen diesen Staat und seine politischen Repräsentanten hegen. Doch lassen wir uns nicht beirren: ein Europa militärischer Aufrüstung, ein Europa als kapitalistische Marktstrategie im Kampf um wirtschaftliche Einflussnahme, kann nicht Teil einer friedenspolitischen Initiative sein. Friedenspolitik muss immer auch das Wirtschaftssystem kritisieren, das für Millionen Menschen den Krieg auf unterschiedliche Weise zum Bestandteil ihres Lebens macht. Insofern trennen uns vielleicht manchmal nicht die Worte von den führenden Politikern dieser Republik – ganz sicher aber die Inhalte über die Vorstellung einer gerechten Welt.

Trotz der imperialistischen Angriffskriege in aller Welt, trotz unerträglicher Verhältnisse in den sogenannten westlichen Demokratien, halten wir es dennoch für falsch, wenn Bush mit Hitler verglichen wird, wie es bei Teilen der Friedensbewegung in den letzten Wochen und Monaten immer wieder zu beobachten war. Es braucht dafür keinen Faschismus.

Der Vergleich stellt unseres Erachtens eine Relativierung des Holocaust dar. Wir halten es für sinnvoller, auf derartige Vergleiche zu verzichten und die Ungerechtigkeit der bestehenden Verhältnisse als solche zu kritisieren.

Kriege finden nicht nur gegen andere Staaten sondern auch gegen die von dort Flüchtenden statt. Jedes Jahr sterben mehrere Tausend Menschen bei dem Versuch die Grenzen der Festung Europa zu überwinden. Sie ertrinken in den deutsch-polnischen Grenzflüssen Oder und Neiße, in der Meerenge von Gibraltar. Allein Deutschland zeichnet verantwortlich für mindestens 80 Tote in den Jahren 1993 bis 2000.

Falls die Menschen es doch schaffen herzukommen, werden sie hier einem brutalen Ausgrenzungs- und Abschieberegime unterworfen, das Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Arbeitsverbote, Absenkung der Sozialhilfe unter das für menschwürdig erachtete Niveau, medizinische Minimalversorgung und Schlimmeres beinhaltet. Schlimmeres heisst unter Umständen eine monatelange Internierung in Abschiebeknästen oder neuerdings den sogenannten Ausreisezentren oder die Abschiebung in Folterstaaten.

Im Unterschied zum Golfkrieg von 1991 sind die großen Flüchtlingsströme ins Ausland in diesem Krieg bisher ausgeblieben. Dennoch sind viele Menschen innerhalb des Iraks auf der Flucht und leben unter unhaltbaren Bedingungen. Viele haben die Städte verlassen und sind aufs Land geflüchtet, aus Angst zwischen die Fronten zu geraten. Über die Gründe, warum die Flucht in die grenznahen Lager eher ausgeblieben ist, können wir jetzt nur spekulieren. Wetterbedingungen versperren z.B. den Weg in die Türkei, es gibt verminte Grenzgebiete und vor allem die Erfahrungen von 1991, dass viele Menschen ihren Fluchtversuch mit dem Leben bezahlt haben.

Trotz der eskalierten Situation im Irak während der letzten Monate hat sich die Zahl der Asylsuchenden in der BRD nur unwesentlich verändert. Was sich für Asylsuchende aus dem Irak **allerdings** schon seit Ende 2001 verändert hat, ist die gerichtliche Interpretation der Situation. Die sogenannte "Schutzzone" im Norden Iraks wird seit einem Urteil Ende 2001 als "innerstaatliche Fluchtalternative" gewertet – unabhängig von regelmäßigen Angriffen staatlicher Truppen des Baath-Regimes. Dies hatte zur Folge, dass heute nur noch etwa 20% der Asylsuchenden einen Aufenthaltsstatus bekommen. Im Jahr 2001 waren dies noch ca. 70%. D.h. den meisten Menschen, die hier Asyl beantragt haben, wurde schon seit Ende 2001 in der BRD jegliche Perspektive genommen. Darüber hinaus wurde zwar auch in den letzten Jahren nicht unbedingt abgeschoben, aber extremer Druck ausgeübt, "freiwillig" zurück zu kehren.

Im Februar diesen Jahres gab es die Anweisung, über Asylanträge gar nicht mehr zu entscheiden. Im Klartext bedeutet das: Die Erwartung der Behörden, nach Kriegsende vermehrt abschieben zu können. Diese Verfahrensweise kennen wir bereits aus dem Bosnien-Krieg. Für den jetzigen Zeitpunkt gilt zwar ein Abschiebestopp. Doch nun droht nach dem Sturz des Baath-Regimes selbst Flüchtlingen, die nach dem sogenannten kleinen Asyl anerkannt wurden, die Abschiebung. So plant das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bereits Widerrufsverfahren in großer Zahl gegen anerkannte Flüchtlinge, sobald eine sogenannte „Demokratisierung“ des Irak ansteht. Was „Demokratisierung“ bedeutet, werden wohl das Bundesamt und die Gerichte entscheiden.

Widerrufsverfahren und Abschiebungen in diesem Stil werden allerdings nach dem Konzept, das die Regierung Tony Blair kürzlich in die Europäische Union eingebracht hat, nicht mehr notwendig sein: die sogenannte „Neue Vision für Flüchtlinge“ in Europa. Im Schatten des militärischen Krieges und Siegens ist dieser Vorstoß, wie Flüchtlinge von Europa fernzuhalten sind, kaum eine Pressemeldungen wert. Dabei wird hier an einer Flüchtlingspolitik gearbeitet, die Hand in Hand mit präventiven Angriffskriegen geht. Schon jetzt gibt es von einzelnen europäischen Ländern „regionale Schutzzonen“ oder "Reservate" in herkunftsnahen Regionen: So unterhält Groß – Britannien ein Flüchtlingslager in Albanien, Spanien auf Gran Canaria und Fuerteventura. Aus dem Bosnienkrieg ist hierfür der Begriff „safe havens“ bekannt.

Ziel ist es, ein weltweites Netz solcher „herkunftsnaher“ Flüchtlingsreservate zu schaffen, die von den reichen Ländern finanziert werden. Flüchtlinge, die sich auf den Weg nach Europa machen, sollen künftig bereits in den Krisengebieten abgefangen und dort interniert werden. Die Lager sollen mit der Zeit als „sichere Drittstaaten“ gelten, in die Flüchtlinge, die Europa doch erreicht haben, ohne Einzelfallprüfung sofort abgeschoben werden können. In den Lagern sollen die Flüchtlinge festgehalten werden, bis sich die Lage in ihren Ländern wieder „verbessert“. Falls dies nicht geschieht, wird in diesen Lagern über ihren Asylantrag entschieden. Bei einem positiven Entscheid würden sie danach nach Quoten auf die europäischen Staaten verteilt. Angedacht als Standorte sind Russland, der Iran, die Ukraine, das nördliche Somalia, Marokko und die Türkei. Grenzbeamte aus diesen Ländern werden die Asylanträge aufnehmen.

Dr jetzt schon schwache Rechtsschutz für Flüchtlinge in Europa wird dadurch - und durch weitere Vorstöße wie z.B. geplante Veränderungen an der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention, weiter abgebaut.

Flüchtlingspolitik in Europa heißt damit: Flucht verhindern, Fluchtursachen bekämpfen durch militärische Intervention, Abschieben, Flüchtlingsreservate schaffen fern von Europa mit billiger Notversorgung und rechtloser Situation.

Für Flüchtlinge herrscht somit auch nach dem Ende der Bombardierungen im Irak keineswegs Frieden, sondern ein alltäglicher Kampf ums Überleben.

Es wäre schön, wenn alle diejenigen, die sich gegen die militärischen Angriffe gegen den Irak engagierten, auch diesen Kampf hinter den Kulissen der medialen Öffentlichkeit wahrnehmen und sich, entsprechend ihrer Möglichkeiten, für eine Änderung dieser unerträglichen Situation einsetzen würden.

Lasst uns nicht aufhören, die alltägliche “Ordnung der Unterordnungen” zu stören!